



## MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 3. MAI 2023

### Papst Franziskus besucht Ungarn

Wie im März in der offiziellen Regierungspressekonferenz angekündigt, traf Papst Franziskus am Freitagmorgen des 28. April zu seinem hocherwarteten dreitägigen Besuch in Budapest ein. Bei diesem Termin handelte es sich um das mittlerweile dritte Zusammentreffen mit ungarischen Gläubigen. Im Juni 2019 hatte er zuvor auf der traditionell wichtigsten Wallfahrt ungarischer Pilger im siebenbürgischen Schomlenberg bei Szeklerburg (Rumänien) die Abschlussmesse zelebriert, was insbesondere für die ungarischsprachigen siebenbürgischen Szekler von großer Bedeutung gewesen war. Anlässlich des Eucharistischen Kongresses im September 2021 hatte er wiederum nur einige Stunden in Budapest verbracht. Bei diesem dritten Besuch handelt es sich nun um den ersten vollumfänglichen und längerfristigen Aufenthalt in Ungarn.

Der Kirchenvater sprach nach dem staatlichen Zeremoniell und der Begrüßung im Rahmen von Vieraugengesprächen durch Staatspräsidentin Katalin Novák sowie Ministerpräsidenten Viktor Orbán in der Karmeliterkirche. Dabei würdigte er in seiner beinahe halbstündigen Rede Budapest und betonte unter anderem, dass die ungarische Hauptstadt einer der zentralen Orte der Geschichte sei. In seiner Rede auf Italienisch zitierte der Papst das Gedicht „An der Donau“ des Dichters der ungarischen Seele Attila József. Er sprach ausführlich über Budapest und seine Geschichte. Die Stadt habe schmerzhaft Konflikte durchlebt, fügte er hinzu und verwies auf die Revolution von 1956 und den Zweiten Weltkrieg. **Budapest sei eine der europäischen Städte, die den Wert der Freiheit kennen.**



Papst Franziskus und Staatspräsidentin Katalin Novák (Quelle: Bruzák Noémi/MTI)

Er ging auch auf das Thema Krieg ein und beklagte: „**Der Chor, der den Traum vom Frieden singt, stirbt aus, während die Solisten des Krieges sich ihren Weg bahnen.**“ Der Weltfrieden könne nur bewahrt werden, wenn kreative Präventivmaßnahmen ergriffen werden würden, die der Bedrohung des Friedens angemessen seien. „Wo sind die kreativen Bemühungen um den Frieden?“, fragte Papst Franziskus, der auch über das Wiederaufleben des Nationalismus und des Urteilsbehaftetseins sprach.

Er fügte hinzu, dass man über die **Bedeutung der Einheit nachdenken solle, was aber nicht Uniformität bedeute**: „Wir brauchen die Einheit in Europa so, dass niemand in seiner Einzigartigkeit geschmälert wird.“ Papst Franziskus schwebte kein Europa vor, das zu einem gasförmigen Gebilde werde, zu einer abstrakten supranationalen Formation, die partikularistischen Einzelteile allein könnten das Ganze aber auch nicht zusammenhalten.

In seiner Rede erwähnte er auch die **Genderkultur und die Abtreibung, gegen die er eine wirksame Familienpolitik als eine Priorität für Europa** bezeichnete: „Supranationalismus ist der Weg des ideologischen Kolonialismus. Wie im Fall der so genannten Gender-Kultur.“ Dabei lobte das Kirchenoberhaupt sowohl das Grundgesetz als auch die ungarische Familienpolitik. Aus ersterem zitierte er auch mehrmals zentrale Passagen.

Franziskus sagte im Weiteren, dass die ungarische Hauptstadt die Stadt der Brücken sei und dass **Ungarn auch im Glauben ein Brückenbauer** sein sollte, da es aufgrund seines ökumenischen Charakters dafür bestens geeignet sei. Papst Franziskus bezog sich auch besonders auf die außerhalb Ungarns lebenden Ungarn. Er zitierte weiter die Ermahnungen des Heiligen Stephanus:

*„Seid in allem und überall barmherzig, nicht nur zu euren Brüdern und Verwandten, nicht nur zu den Obersten, nicht nur zu den Reichen, nicht nur zu euren Nächsten und denen, die hier wohnen, sondern auch zu den Fremden und zu allen, die zu euch kommen.“* Dann fügte er auf Ungarisch hinzu: *„Gut zu sein ist gut. Es ist besser zu geben als zu nehmen.“* Er zitierte auch eine andere Passage, in der es heißt: *„Ein Land mit nur einer Sprache und einem Brauch ist schwach und fehlbar.“*

„Isten, áldd meg a magyart, Gott segne die Ungarn“, schloss Papst Franziskus seine Rede auf Ungarisch.

Präsidentin Novák begrüßte **Franziskus als Mann des Friedens** in Budapest: „Willkommen in Ungarn, Mann des Friedens... Ihre Heiligkeit kommt zu einem Zeitpunkt, an dem Ungarn und Europa Sie am meisten brauchen.“ Man wende sich in Schmerz und Hoffnung an den Heiligen Vater, weil man in Ungarn die Schrecken des Krieges spüren könne. Als weibliches Staatsoberhaupt betonte sie insbesondere die Haltung der Mütter: „Wir Mütter wollen zuerst den Frieden gewinnen, nicht den Krieg.“ Der Papst bringe die Hoffnung zum Ausdruck, dass er mit Kiew und Moskau, Washington, Brüssel, Budapest und all jenen sprechen könne, ohne die es keinen Frieden geben könne.

Die ungarische Verfassung schütze und betrachte die Familie als Grundlage für das Fortbestehen der Nation, betonte Novák in Einklang mit dem Papst und ergänzte, dass „wir darin Verbündete sind, gemeinsam verteidigen wir das menschliche Leben, die Frau und den

Mann, unsere verfolgten christlichen Brüder und Schwestern sowie die Freiheit von Dissidenten und Andersdenkenden.“

Katalin Novák überreichte dem Papst drei Geschenke, darunter ein eigens für den Heiligen Vater angefertigtes Kinderkunstabum mit biblischen Themen, das von ungarischen Kindern und Jugendlichen gestaltet worden war. Neben dem Album erhielt der Papst auch besondere Rosenblätter einer nach der heiligen Elisabeth benannten Rosensorte, die von einem Ungarn aus Siebenbürgen gezüchtet worden war. Als dritte Dankesgabe schenkte die Präsidentin der Republik dem katholischen Kirchenoberhaupt ein besonderes Mariengewand aus Andocs, da er die dortige Kirche in den Rang einer Basilika Minor erhoben hatte.

In der Stephansbasilika kam Franziskus mit Bischöfen, Priestern, Diakonen, Mönchen, Seminaristen und dem pastoralen Personal zusammen. In seiner Ansprache betonte er die gemeinsame Zukunft in Christus und warnte vor dem Prozess der Säkularisierung, zeigte sich jedoch auch frohen Mutes: „Wenn es eine Million betende Ungarn gibt, habe ich keine Angst vor der Zukunft. Ich bin sicher, dass Sie einen felsenfesten Glauben haben.“

Im weiteren Verlauf seines Programmes besuchte er eine Blindenanstalt, traf Arme und Flüchtlinge und besuchte die in Ungarn traditionell verbreitete griechisch-katholische Kirche. Ebenso kam er mit Jugendlichen und Vertretern von Wissenschaft und Forschung zusammen. Zudem empfing er den grünen Oberbürgermeister von Budapest, Gergely Karácsony. Des Weiteren traf sich Franziskus mit Hilarion Alfejew, dem Metropoliten der russisch-orthodoxen Kirche in Ungarn. Obwohl von der europäischen Medienöffentlichkeit eher kaum beachtet, dürfte gerade dieser Termin für eine aktive Friedensdiplomatie des Papstes sprechen. Höhepunkt und Abschluss seiner Reise stellte die unter freiem Himmel zelebrierte, sonntägliche Heilige Messe vor dem ungarischen Parlament auf dem Kossuth-Platz dar. Neben mehreren Zehntausenden Zuhörern aus dem ganzen Land und Ausland, verfolgten auch die Staatspräsidentin und der Ministerpräsident sowie viele ranghohe Vertretern aus Politik, Diplomatie, Verwaltung und Gesellschaft die Feierlichkeiten. Eine ausführliche Nachanalyse des ganzen Papstbesuches von Direktor Bence Bauer in den deutschen Medien finden Sie [hier](#), sowie passend zum Thema den Gastbeitrag „Mission Frieden in Budapest“ unseres Forschungsmitarbeiters Tamás Fonay in der [Preußischen Allgemeinen Zeitung](#).

### **Nach US-Sanktionen: Rückzug Ungarns aus der russlandnahen Internationalen Investitionsbank und Umzug des Sitzes nach Russland**

Die Internationale Investitionsbank (IIB) mit Sitz in Budapest zieht zurück nach Russland. Dieser Schritt wurde in einer Erklärung auf der Webseite der Bank veröffentlicht, welche in den letzten Tagen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stand. Der Entscheidung des Finanzinstituts ging eine Reihe von Ereignissen bevor, die in einer offiziellen Sanktionsmaßnahme der USA ihren Ausgang nahmen.

So wurde Imre Laszlóczki, der ungarische Vizepräsident der Internationalen Investitionsbank, in die US-Sanktionsliste aufgenommen. Dieser war im September 2019 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats der IIB als Vertreter Ungarns ernannt worden. Auf der Liste der Personen, gegen die die USA Sanktionen verhängt haben, stehen auch Nikolai Kozov, Präsident der IIB, und Georgy Potapov, stellvertretender Vorsitzender des EZB-Rates der Bank, sowie die Bank selbst. Der Hauptsitz der Bank war im Jahr 2019 von Moskau nach Budapest

verlegt worden. Der größte Aktionär der Bank war Russland mit 45,44 Prozent, gefolgt von Ungarn mit 25,27 Prozent. Vonseiten oppositioneller Politiker wurde die Bank mitunter als „russische Spionagebank“ bezeichnet.

Der amerikanische Botschafter in Ungarn, David Pressman, begründete den Schritt wie folgt: „Wir wollen Russlands Zugang zum internationalen Finanzsystem einschränken.“ Die USA verhängten in diesem Sinne Sanktionen gegen mehr als 50 Institutionen und Personen. Pressmann zeigte sich besorgt darüber, dass die ungarische Regierung tiefe und starke Beziehungen zu Russland unterhalte, „trotz der Bedrohung, die von Russland ausgeht, und der Art und Weise, wie sie die russische Kriegsmaschinerie durch wirtschaftliche Beziehungen füttert.“

In Reaktion auf die von den USA verhängten Sanktionen gab die ungarische Regierung bekannt, dass sich Ungarn aus der IIB zurückziehen werde. Das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung erklärte dazu, dass die IIB zwar eine wichtige Rolle bei der Entwicklung Mittel- und Osteuropas gespielt habe, die US-Sanktionen die Tätigkeit der Bank jedoch sinnlos gemacht hätten. Vor diesem Hintergrund rief die Regierung die von ihr benannten Mitglieder der Bank zurück. Der Beschluss über den Austritt wurde kurz darauf mit der Unterschrift von Viktor Orbán versehen, welcher betonte, dass es sich bei den US-Sanktionen gegen die Bank nicht um Sanktionen gegen Ungarn handele.

Mit den Sanktionen und dem ungarischen Rückzug aus dem Abkommen sei die Bank derzeit nach eigener Aussage „der Möglichkeit beraubt“ Finanzgeschäfte zu tätigen, womit der Aufenthalt der Investmentbank in Budapest praktisch sinnlos geworden sei. Die Bank bat die ungarische Regierung in ihrem Statement weiterhin, baldmöglichst die 2019 unterzeichnete Vereinbarung über den ungarischen Sitz der Bank zu kündigen.

Die Entscheidung der IIB über den Rückzug wurde einen Tag später im Amtsblatt zur Kenntnis genommen. Ferner wurden alle Vergünstigungen und Befreiungen, die die Bank erhalten hat, zurückgenommen. Dieses Regierungsdekret stellt insofern eine interessante juristische Akrobatik dar, als hiermit unter Berufung auf die kriegsbedingte Notsituation ein rechtlich ranghöherer internationaler Vertrag per Dekret (welches im Kriegsnotstand einem Gesetz gleichkommt) zu ändern versucht wird.

### **Amerikanische Botschaft startet Plakatkampagne: „Russkis nach Hause“**

Anfang April erschienen zahlreiche Plakate mit der Aufschrift „Ruszkik haza“ (Russkis nach Hause) an Plakatwänden im ganzen Land. Die Kampagne wurde von einer Gruppe namens Nyugati Pályán (Auf westlichem Weg) mit US-Geldern gestartet. Gergely Gulyás, Minister des Ministerpräsidentenamtes, bezeichnete die von den USA finanzierte Plakatkampagne als einen ungewöhnlichen Schritt in den freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder. Gulyás zufolge hätten die Amerikaner den Versuch nicht aufgegeben, Ungarn in die „von vielen unserer Verbündeten geteilte Pro-Kriegs-Haltung“ zu pressen, aber Ungarn sei nach wie vor davon überzeugt, dass der Frieden das einzige gemeinsame Interesse sei. „Es gibt keinen alliierten, diplomatischen oder gar freundschaftlichen Druck, dem Ungarn nicht widerstehen würde“, fügte Gulyás hinzu. Ministerpräsident Orbán reagierte zwei Tage später in einem Interview in der Morgensendung von Radio Kossuth auf die Kampagne, in welchem er ausführlich über die ungarisch-amerikanischen Beziehungen, aber auch über den russisch-

ukrainischen Krieg, Emmanuel Macrons Chinareise und die Inflation sprach. Er betonte, dass die USA im Gegensatz zu Russland Ungarns Freund und Verbündeter seien; die Wertegemeinschaft und die wirtschaftlichen Beziehungen bänden beide Länder aneinander. Zugleich würde die Zusammenarbeit erleichtert, säße ein republikanischer Präsident im Weißen Haus. Die wichtigste Meinungsverschiedenheit mit den Vereinigten Staaten bestehe in der Frage des Krieges, aber das sei etwas, das die amerikanisch-ungarische Freundschaft aushalten müsse, so Orbán. Er warnte weiterhin vor den Risiken einer Eskalation, in etwa dem Einsatz von Atomwaffen und lobte den Besuch Macrons in Peking im Sinne einer interessengeleiteten europäischen Außenpolitik. Man müsse anerkennen, dass die US-Botschafter politisch ernannt seien, und dass es auf jeden Fall seltsam sei, dass sie auf Plakaten für die Politik der Regierung in Washington werben würden. In historischer Referenz hob der Ministerpräsident als Antwort auf die amerikanischen Plakate hervor: „Wir haben die Russen bereits nach Hause geschickt; wir wissen, dass wir auf unsere Sicherheit achten müssen!“

### **Ungarn verbietet Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus der Ukraine**

Ungarn tut es seinen Nachbarn Polen und der Slowakei wie auch Bulgarien gleich und verbietet vorübergehend die Einfuhr einer Reihe von Agrarerzeugnissen (vor allem Getreide) aus der Ukraine. In einer Erklärung kündigte Landwirtschaftsminister István Nagy an, dass die Fortsetzung der derzeitigen Markttrends der ungarischen Landwirtschaft so schweren Schaden zufügen würde, dass außerordentliche Maßnahmen ergriffen werden müssten, um dies zu verhindern. Die ukrainische Landwirtschaft, die mit Produktionsmethoden arbeitet, die in der Europäischen Union nicht mehr erlaubt sind, und infolgedessen im Vergleich extrem niedrige Produktionskosten hat, begann, große Mengen an Geflügel, Eier, Honig sowie Getreide und Ölsaaten auf den europäischen Markt zu exportieren. Dies führte zu einer Wettbewerbsverzerrung, die es den heimischen mitteleuropäischen Landwirten unmöglich machte, mit den ukrainischen Erzeugern zu konkurrieren. Des Weiteren beklagten sich ungarische Käufer über die niedrige Qualität des ukrainischen Getreides.

Nagy betonte, dass die Beschränkung der Einfuhren nach Ungarn vorübergehend sei und bis zum 30. Juni 2023 dauern werde, was genug Zeit biete, um bis dahin sinnvolle und dauerhafte EU-Maßnahmen zur Lösung des Problems zu finden und zu ergreifen, die es ermöglichen könnten, volle Zollfreiheit für ukrainische Waren und das Funktionieren von Solidaritätskorridoren in Betracht zu ziehen. Die landwirtschaftlichen Akteure würden von der EU erwarten, dass sie faire Marktbedingungen für die europäische Landwirtschaft gewährleiste.

### **Katalin Novák: Mehr Gründe sprechen für Schwedens NATO-Beitritt als dagegen**

Die ungarische Staatspräsidentin Katalin Novák äußerte sich gegenüber dem englischsprachigen türkischen Staatsfernsehen TRT Anfang April positiv zum NATO-Beitritt Schwedens. Die NATO müsse geeint und stärker sein, aber die Fragen der Erweiterung müssten diskutiert werden: „Die NATO ist ein wichtiges Bündnis, das gestärkt werden muss.“

Entscheidungen über Erweiterung solle man unter Abwägung der Vor- und Nachteile diskutieren. Nachdem sowohl Ungarn als auch die Türkei in der letzten Märzwoche dem NATO-Beitritt Finnlands zugestimmt hatten, wies Katalin Novák darauf hin, dass es im ungarischen Parlament eine „harte Debatte“ über den NATO-Beitritt Schwedens gegeben habe,

da hochrangige schwedische Beamte inakzeptable Aussagen über Ungarn gemacht hätten: „Es handelte sich um unbegründete, voreingenommene Aussagen, die sogar die ungarische Demokratie in Frage gestellt haben.“

Nichtsdestotrotz, so hob sie mit Verweis auf die zuverlässige Partnerschaft Ungarns und der Türkei und mit Verständnis für die türkischen Vorbehalte hervor, sei es ihre persönliche Meinung als Präsidentin Ungarns, dass es in der derzeitigen schwierigen Situation mehr Argumente für einen Beitritt Schwedens als dagegen gebe. Sie sei dafür, dass Schweden der NATO zum jetzigen Zeitpunkt beitrete, weil dies die Allianz stärker mache. Während der Diskussion drückte Katalin Novák auch das tiefe Beileid des ungarischen Volkes und der gesamten ungarischen Nation für die tragischen Erdbeben im Süden der Türkei am 6. Februar aus.

### **Deutschland und Frankreich schließen sich EU-Klage gegen ungarisches Kinderschutzgesetz an**

Im Gerichtsverfahren gegen das sogenannte Kinderschutzgesetz werden neben dem Europäischen Parlament fünfzehn EU-Mitgliedsstaaten die Klage der Europäischen Kommission unterstützen. Zu den letzten Staaten, die sich vor Ablauf der Frist am 6. April 2023 dem Verfahren des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) anschlossen, gehörten Deutschland und Frankreich. Laut der Kommission – gestützt auf eine Reihe von Regierungserklärungen sowie Berichten von Menschenrechtsorganisationen – verletze das Gesetz die Rechte von Homosexuellen womit evident sei, „dass das ungarische Gesetz gegen EU-Recht und die Werte der Union verstößt.“

Unter den EU-Mitgliedsstaaten haben Österreich, Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Finnland, Frankreich, Irland, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Portugal, Slowenien, Spanien sowie Schweden offiziell ihre Absicht bekundet, die Position der Europäischen Kommission in diesem Fall zu stärken. Der Prozess wird voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte stattfinden, das Urteil EuGH soll im nächsten Jahr ergehen.

Der Standpunkt der ungarischen Regierung sieht die fraglichen Rechtsvorschriften eindeutig als Gesetze zum Schutz des Kindeswohls. Die Änderungen regeln seit 2021 das härtere Auftreten gegen pädophile Straftäter sowie den Schutz von Minderjährigen im Wortlaut:

*„Zur Sicherstellung der in diesem Gesetz gefassten Ziele und der Rechte von Kindern ist es verboten, Personen unter 18 Jahren pornografische, sowie Inhalte zugänglich zu machen, die Sexualität als Selbstzweck darstellen, beziehungsweise die Abweichung von dem Geschlecht bei der Geburt entsprechenden Identität, die Umwandlung des Geschlechts, sowie Homosexualität darstellen und bewerben.“*

Auf der Grundlage dieser Vorschriften können bestimmte Nichtregierungsorganisationen und ihre werblichen Inhalte im schulischen Bereich vom Sexualkundeunterricht sowie anderen Schulprogrammen eingeschränkt oder ausgeschlossen werden. Nähere Hintergründe sowie umfassende deutschsprachige Daten und Fakten zum betreffenden Rechtsstreit und den Gesetzestexten finden Sie [hier](#).

## **Senkung der Nebenkosten bleibt weiterhin aufrechterhalten und Verlängerung der Preisstopps bis 30. Juni**

In ihrer Regierungspressekonferenz gab die ungarische Regierung am 6. April ihre neuesten Maßnahmen bekannt, welche sich im Kern um die Bewertung der Energiesituation drehten. Man sei zu dem Schluss gekommen, dass alle Mittel zur Verfügung stünden, um die Senkung der Energiepreise aufrechtzuerhalten. Hierbei geht es um die im Sommer 2022 in Angesicht der Energiekrise insbesondere für Privathaushalte und kleinere und mittelständische Unternehmen (KMU) beschlossenen Preisdeckelungen bei den Nebenkosten bis zu einem bestimmten Schwellenwert, unter welchem die sieben- bis zehnfachen Marktpreise nicht fällig werden. So kämen dem KMU-Sektor neuerlich weitere Hilfen in Form reduzierter Preise zuteil, welche insgesamt 14.000 Kunden, Unternehmen, Gemeinden und Kirchen zugutekämen. Auch im Hinblick auf die sehr unterschiedlichen Wasserpreise im Land plane die Regierung, ein einheitliches Preissystem einzuführen.

In der nachfolgenden Regierungspressekonferenz vom 20. April wurden viele der Themen vom 6. April wiederaufgegriffen. Die wichtigsten Ankündigungen betrafen die Bekanntgabe der Verlängerung der Preisstopps für elementare Grundnahrungsmittel bis zum 30. Juni. Weiterhin hat die Regierung Grundnahrungsmittel in 20 Kategorien eingeteilt, von denen jede Woche eine mit einem Rabatt von mindestens 10 Prozent auf den niedrigsten Preis des Einzelhändlers der vorangegangenen 30 Tage verkauft werden müsse. Diese obligatorische Verkaufsaktion wird spätestens Anfang Juli in Kraft treten. Außerdem sollen die Geschäfte strengerer Kontrollen unterworfen werden und können durchsucht werden. Die Regierung halte es darüber hinaus für möglich, dass das Inflationsziel von drei Prozent bis Ende des Jahres erreicht werden könne.

## **Ehemaliger MP-Spitzenkandidat tritt aus MSZP aus und gründet neue Partei**

Attila Mesterházy, langjähriger Parteipolitiker und ehemaliger Parteivorsitzender und MP-Spitzenkandidat der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) verlässt die MSZP und gründet eine neue Partei, wie Mesterházy auf seiner Facebook-Seite Anfang April bekannt gab. Der Politiker sagte, dass die MSZP „ein Schatten ihres früheren Selbst ist, sie hat ihren nationalen politischen Einfluss und ihre gesellschaftliche Unterstützung verloren“, und es scheine ihm, als gäbe es keine Bemühungen, sie zurückzugewinnen. Die fünf Monate seit der angekündigten Erneuerung der MSZP hätten entgegen seinen Erwartungen „nichts Neues gebracht ..., alles ist beim Alten geblieben“, weshalb er zu dem Schluss gekommen sei, dass „es sinnlos ist, unter diesen Umständen weiter dafür zu kämpfen, dass sich die MSZP ändert“.

Nach Überlegungen mit einigen anderen Politikern sei man zu dem Schluss gekommen, dass auf der Linken ein neuer Rahmen geschaffen werden müsse. Er gab bekannt, eine neue sozialdemokratische Mitte-Links-Partei namens Szocialisták és Demokraták (Sozialisten und Demokraten) zu gründen.

Die MSZP, der die neuesten Meinungsumfragen zu Parteienpräferenzen bereits ein Schicksal als Kleinstpartei um die 1-2 Prozent-Marke prophezeien, hat seit ihrem Niedergang als linke bestimmende politische Kraft und ihrer Zersplitterung nach 2010 einen schweren Stand im ungarischen Parteiensystem. Derzeitige Umfragen unter den Wahlbürgern gewähren ihr 5 Prozent, unter der Gesamtbevölkerung lediglich noch 3 Prozent, was für eine stark abnehmende Unterstützung insbesondere unter den jüngeren zukünftigen Wählern spricht. Die Partei

erklärte, man nehme den Austritt Mesterházy's zur Kenntnis. Die MSZP werde weiterhin eine sozialdemokratische Politik für ein freies, demokratisches und gerechtes Ungarn verfolgen.

### **Publicus-Umfrage zur Beliebtheit der Völker**

Das Publicus-Meinungsforschungsinstitut veröffentlichte seine neueste Umfrage zur Beliebtheit anderer Nationen unter den Ungarn. Laut dieser gab es nur ein einziges Volk, bei dem der „Sympathie-Index“ nicht die 50 Prozent-Marke erreicht habe.

In der repräsentativen Umfrage wurde die Beliebtheit von achtzehn Nationen gemessen. Demnach sind die Italiener unter den Ungarn am beliebtesten (84 %), gefolgt von den Österreichern (82 %), Polen (81 %), Finnen und Spaniern (jeweils 80 %). Die Tschechen (78%), die Schweden (76%), die Franzosen und Deutschen (jeweils 74%), die Briten (73%) und die Slowaken (71%) liegen auch alle über 70 Prozent. Die Türken (63 %), die Ukrainer (62 %), die Amerikaner (61 %) und die Inder (60 %) lagen im Bereich von 60-70 Prozent, während die Chinesen (58 %) und die Rumänen (55 %) unter 60 Prozent lagen. Die einzige Nation, die unter 50 Prozent fiel, waren die Russen mit 44 %, die der Umfrage zufolge somit das in Ungarn „unbeliebteste Volk“ sind.



## Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut



Zur Vertiefung der deutsch-ungarischen Beziehungen veranstalten das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit und die Deutsch-Ungarische Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V. ein Summer Camp für junge Erwachsene unter dem Motto „**Deutschlands und Ungarns Zukunft in Europa**“.

Das Summer Camp findet zwischen vom **6. bis zum 10. August 2023** in **Révfülöp am Balaton / Plattensee** statt. Im Rahmen des Programms werden interaktive Workshops und Vorträge und Diskussionen mit Experten über die deutsch-ungarische Freundschaft im gesamteuropäischen Kontext stattfinden. Die Sprache des Seminars ist deutsch. Selbstverständlich wird auch das gesellige Miteinander nicht zu kurz kommen. Unsere Tagungsstätte liegt direkt am See und es wird reichlich Möglichkeiten zum Segeln, Schwimmen und gemütlichen Beisammensein am Ufer des Balatons geben.

**Da es eine begrenzte Zahl an Teilnehmern gibt, bitten wir um eine unverbindliche Anmeldung mit kurzem Motivationsschreiben bis zum 20. Mai unter: darko.tunde@mcc.hu**

Die Teilnahme am Summer Camp ist kostenlos, jedoch müssen die Kosten für die An- und Abreise selbst getragen werden.

Beachten Sie bitte, dass das Summer Camp in Abhängigkeit der Anmeldungen stattfinden wird. Sie erhalten eine baldmöglichste Rückmeldung.

### *Praktikumsausschreibung*

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt fortlaufend **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

**Dr. Michael KÜHNLEIN**, Lehrbeauftragter am Institut für Philosophie der Goethe-Universität Frankfurt am Main, beschäftigt sich mit der Frage, ob der moderne Rechtsstaat noch ausreichend Grundlage für die Gemeinschaft bilden kann oder wir die gemeinsame Identität, die uns solidarisch zusammenhält, verlieren. Zur gemeinsamen Erörterung dieser Fragen lud das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit zum **Vortrag** mit dem Titel **“Identität und Rechtsstaat – das Dilemma säkularisierter Staaten”** am **Mittwoch, dem 5. April 2023** ins Scruton Café am Mathias Corvinus Collegium ein. Die Moderation der Veranstaltung übernahm Visiting Fellow **Prof. Dr. Frank-Lothar KROLL**. Einen Einblick in die Veranstaltung können Sie auf unserer [Homepage](#) gewinnen.

Das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit organisierte am **11. April 2023** eine Vortragsveranstaltung im **Mathias Corvinus Collegium** mit dem Titel **„Der deutsche Traum von einer multikulturellen Gesellschaft“**. **PD Dr. Stefan LUFT**, Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen, sprach über das Problem einer verfehlten Einwanderungs- und Integrationspolitik und skizzierte, wie es zum Entstehen von den sogenannten „Parallelgesellschaften“ kommen konnte. Die Veranstaltung wurde von **Alexander RASTHOFER**, Mitarbeiter am DUI, moderiert. Weitere Details können Sie unserem [Veranstaltungsbericht](#) entnehmen.

Wo fangen Grenzen an, wo hören sie auf? Diese Frage war und wird immer zentrales Thema der Politik und Philosophie sein. Das Interesse an der Diskussionsveranstaltung **„Begrenzung, Abgrenzung, Ausgrenzung? Die Grenzen Europas damals und heute.”** im Mathias Corvinus Collegium in Győr am 12. April 2023 mit ca. 100 Gästen war daher sehr groß. Neuzeithistoriker **Prof. Dr. Frank-Lothar KROLL**, Althistoriker **Prof. Dr. Michael SOMMER** und Politikwissenschaftler **Prof. Dr. Heinz THEISEN** – alle drei Visiting Fellows am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium – erörterten in diesem Zusammenhang alte und neue Konfliktlinien sowie zentrale Begriffe staatlicher Grenzziehungen. Klicken Sie auf folgenden [Link](#), um zum Kurzbericht zu gelangen.

**Monika MARON** ist eine mit vielen Preisen ausgezeichnete deutsche Schriftstellerin und zählt zu den aufregendsten Gegenwartsauteurs der Zeit. In ihren frühen Romanen schrieb sie über das Leben im totalitären Überwachungsstaat der DDR, nach der Wende weitete sich ihr Interessenfeld und sie wurde zur Chronistin des gesamtdeutschen Alltags, indem sie immer wieder zu gesellschaftlichen Fragen Stellung nahm. Das Deutsch-Ungarische Institut organisierte eine Lesung und Diskussion mit der Schriftstellerin unter dem Titel **„Der posthistorische Mensch: Der Held der Gegenwart zwischen Mut und Feigheit“** am **13. April 2023** im **Scruton V.P.** Die Veranstaltung wurde von unserem Visiting Fellow **Prof. Dr. Michael SOMMER** moderiert. Auf unserer Homepage finden Sie einen [Bericht](#) zur Veranstaltung.

Der deutsche Gastprofessor am Deutsch-Ungarischen Institut am MCC, **Prof. Dr. Heinz THEISEN**, hielt am **19. April 2023** einen Vortrag zum Thema **„Die Ukraine zwischen den Interessen der Supermächte”** mit anschließender Diskussionsveranstaltung am MCC Pécs. Die Veranstaltung wurde von **Elsi JUNG**, Mitarbeiterin am Institut, moderiert. Den Veranstaltungsbericht finden Sie auf unserer [Website](#).

**Prof. Dr. Tilo SCHABERT**s neuester Band „**Vom Geschehen zur Geschichte. Sechs Kapitel zur Historiographie der Wiedervereinigung Deutschlands**“, jüngst im Duncker & Humblot Verlag erschienen, sammelt beeindruckende Erkenntnisse zur internationalen Geschichtsschreibung rund um das Ende der deutschen Teilung. Anlässlich der Veröffentlichung des Buches des emeritierten Professors für Politische Wissenschaften an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg veranstaltete das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium (MCC) und das Zentrum für Verfassungspolitik am MCC die Veranstaltung **“Die deutsche Einheit — Geschehen, Geschichte, Gegenwart”**. Die Veranstaltung, moderiert von **Prof. Dr. Frank-Lothar KROLL**, fand am **20. April 2023** im **MCC Scruton Café** statt. Den Veranstaltungsbericht können Sie [hier](#) nachlesen.

**Zwischen dem 19. und dem 23. April 2023** besuchte auf Einladung des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit (DUI) am Mathias Corvinus Collegium (MCC) eine **Besuchsdelegation der Jungen Union München** im Rahmen einer Studienreise die ungarische Landeshauptstadt Budapest. Ziel der Reise bildete das tiefere Verständnis der innen- und außenpolitischen sowie wirtschaftlichen Situation Ungarns, der politischen, wirtschaftlichen, akademischen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn sowie der Situation der deutschen Minderheit in Ungarn. Über die Eindrücke und Ergebnisse der Reise können Sie [hier](#) mehr erfahren.

Das MCC-Zentrum in Brüssel, die Stiftung für ein Bürgerliches Ungarn und das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit veranstalteten am **24. April 2023** eine gemeinsame Konferenz in Brüssel zum Thema **„The EU-Hungarian Gordian Knot“**, an der rund 150 Personen teilnahmen. Die Festrede hielt die ungarische Justizministerin **Judit VARGA**. Im Anschluss folgte eine Podiumsdiskussion, an der **Prof. Dr. Frank FÜREDI**, Leiter des MCC Brüssel, **Prof. Dr. Werner PATZELT**, Forschungsdirektor des MCC Brüssel, und **Prof. Dr. Michael SOMMER**, Professor für Alte Geschichte der Universität Oldenburg, teilnahmen. Zum Veranstaltungsbericht gelangen Sie [hier](#).

## Bevorstehende Veranstaltungen



**4. MAI 2023 (DONNERSTAG), 17.00 UHR** | SCRUTON MCC  
(TAS VEZÉR UTCA 3-7, 1113 BUDAPEST)

Die globalen Entwicklungen der letzten Jahre haben die europäischen Länder mit einer Reihe politischer, wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen konfrontiert, die unser Kontinent noch immer weitgehend unbewältigt gelassen hat. Gleichzeitig haben die Verengung des politischen Diskurses, einseitige Interessensvertretung und mitunter schlichte Realitätsferne die Möglichkeiten für rationales und kritisches Denken überschattet, das zur Lösung der Probleme erforderlich ist. Über diese Themen spricht **Prof. Dr. Matthias HERDEGEN**, Direktor des Instituts für Völkerrecht und des Instituts für Öffentliches Recht an der Universität Bonn, in seinem Vortrag „**Tektonische Verschiebungen in der Weltordnung: neue Verantwortung für die Europäische Union?**“, der am **4. Mai 2023 um 17.00 Uhr im MCC Scruton** stattfinden wird. Weitere Informationen zur Veranstaltungen und die Möglichkeit zur Registration finden Sie [hier](#).

## Veröffentlichungen

„In Mitteleuropa scheut man vor einer ungerechtfertigten Denunziation historischer Persönlichkeiten ebenso zurück, wie man die restlos abgewirtschafteten Pseudo-Helden des Kommunismus dahin verpflanzt, wo sie hingehören und keinen Schaden mehr anrichten können: nicht auf den Müll zwar, wohl aber ins Museum – in den „Park der Monster“ in der estnischen Hauptstadt Tallin oder in den Szoborpark im Südwesten der ungarischen Hauptstadt Budapest.“ – schreibt Visiting Fellow **Prof. Dr. Frank-Lothar KROLL** in seinem Artikel „**Kampf um Köpfe**“, der im Feuilleton der Budapester Zeitung erschienen ist. Lesen können Sie den Artikel unter folgendem [Link](#).

„Aus der moralischen und völkerrechtlichen Perspektive liegt die Schuld und Täterschaft des Ukraine-Krieges allein bei Russland. Aus Sicht des geopolitischen Realismus hat jedoch der Westen durch die Infragestellung der russischen Selbstbehauptungsfähigkeit den Angriffskrieg Russlands provoziert und schwere Mitschuld in der Vorgeschichte des Krieges auf sich geladen.“ – schreibt **Prof. Dr. Heinz THEISEN**, Visiting Fellow am Deutsch-Ungarischen Institut, in seiner neuesten Analyse „**Russland ist der Täter, der Westen der Verursacher**“, die in der Budapester Zeitung erschien. [Hier](#) gelangen Sie zum Text.

Über das ungarisch geprägte Temeswar schrieb DUI-Mitarbeiter **Martin Josef BÖHM** den Artikel „**Eine verborgene Perle im Südosten Europas**“. Temeswar ist Rumäniens drittgrößte

Stadt und wird von einem deutschen Bürgermeister regiert. Der Artikel wurde in der [Preußischen Allgemeinen Zeitung](#) veröffentlicht.

### *Besuchstipp*



Papst Franziskus in Schomlenberg 2019 (Quelle: MTVA)

Schomlenberg (ungarisch: Csíksomlyó, rumänisch: Șumuleu Ciuc) ist einer der östlichsten und größten katholischen Wallfahrtsorte Europas und seit Jahrhunderten ein Zentrum des spirituellen Lebens der ungarischsprachigen Szekler in Siebenbürgen. Jedes Pfingstfest findet hier die berühmte Wallfahrt von Schomlenberg statt, die regelmäßig Hunderttausende Pilger aus dem ganzen Karpatenbecken anzieht. 2019 besuchte Papst Franziskus als erster Papst in der Geschichte das ungarisch geprägte Szeklerland und hielt seine Heilige Messe vor der versammelten Menge. Nicht nur zur Pfingstwallfahrt lohnt ein Besuch in Schomlenberg – die gesamte Region strotzt vor mystischen Urwäldern, monumentalen Wehrkirchen und einem typisch siebenbürgischen Multikulturalismus, der aus dem Zusammenleben von Rumänen, Ungarn, Roma und Siebenbürger Sachsen einzigartig in Europa ist.

---

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Alexander Rasthofer, Martin Josef Böhm

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: [mni@mcc.hu](mailto:mni@mcc.hu)